

NIETZEL Benno, *Jüdische Unternehmer aus Frankfurt am Main 1924-1964. Ausgrenzung, Selbstbehauptung, Vernichtung, Bewältigung*, Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie, Ruhr-Universität Bochum, 2009, 607 S.

Die Arbeit fragt nach Ausprägung, Bedeutung und Folgewirkungen des sozio-ökonomischen Umbruchs, den das Ende jüdischer Gewerbetätigkeit in Deutschland darstellte. Untersuchungsgegenstand sind diejenigen Frankfurter Unternehmen und ihre Inhaber, die während der nationalsozialistischen Herrschaft als „jüdisch“ diffamiert und verfolgt wurden. Ihre Geschichte und Entwicklung werden über die Epochenzäsuren hinweg im Längsschnitt betrachtet und fungieren auf diese Weise als Fokus, um die jüdische Wirtschaftsgeschichte in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus die Behauptungs- und Überlebensstrategien jüdischer Unternehmer, den Prozesses der Vernichtung jüdischer Wirtschaftstätigkeit sowie die Sicherstellung und Rückerstattung jüdischen Unternehmensvermögens in der Nachkriegszeit unter systematischen Gesichtspunkten zu beleuchten und in die jeweiligen Rahmenbedingungen einzubetten. Frankfurt als Sitz des zweitgrößten jüdischen Gemeinde des Deutschen Reiches und diejenige Großstadt mit dem höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil bietet sich für eine solche Untersuchung auf besondere Weise an. Ziel ist es jedoch stets, ausgehend vom lokalen Zugriff zu systematischen Problemstellungen vorzudringen.

Die Arbeit setzt sich zum Ziel, makro- und mikrostrukturelle Entwicklungen zu korrelieren und in ihrer Verflochtenheit zu erhellen. So soll zum einen die Grundgesamtheit jüdischer Unternehmen mittels empirisch-quantitativer Methoden statistisch beschrieben und in ihrer Entwicklung analysiert werden. Ein erster Schwerpunkt wird dabei auf der Struktur der jüdischen Gewerbetätigkeit zur Zeit der Weimarer Republik liegen, deren Strukturen bis in das 19. Jahrhundert zurückreichten und wichtige Folgen für die Situation der jüdischen Minderheit nach der NS-Machtübernahme hatten. Für die Zeit des Nationalsozialismus wird die Vernichtung jüdischer Gewerbetätigkeit auf einer breiteren Datengrundlage als bisher beschrieben und analysiert sowie erstmals systematisch in die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenentwicklungen eingeordnet. Dabei tritt unter anderem hervor, dass die unterschiedlichen Segmente der Industrie und des Großhandels auf einer Seite, der mittleren und kleinen Handels- und Handwerksbetriebe auf der anderen Seite jeweils sehr verschiedenen Entwicklungsdynamiken unterlagen, so dass die Vernichtung jüdischer Gewerbetätigkeit im Grunde nur als eine kumulative Überlagerung getrennter Prozesse mit je eigener Chronologie adäquat zu beschreiben ist. Dies wird im Zusammenhang mit unterschiedlichen Richtungen und Dimensionen des nationalsozialistischen Verfolgungsprozesses interpretiert, die begrifflich als „konfiskatorischer“, als „liquidationsorientierter“, als „aufstiegsorientierter“ und als „vertreibungsorientierter“ Teilprozess ausdifferenziert werden.

Zum anderen stehen auf der Mikroebene einzelner Unternehmen die Strategien, mit denen jüdische Unternehmer auf den zunehmenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Druck reagierten, im Mittelpunkt. Die derzeit in der Forschung dominierende „Opferperspektive“ auf die jüdischen Bürger mit dem Fluchtpunkt des katastrophischen Endes 1939/42 soll dabei aufgebrochen werden. Ausgehend von einer Typologie gleitender Erwartungshorizonte werden die betriebswirtschaftlichen Anpassungs- und Überlebensstrategien jüdischer Unternehmer mit Hilfe der Begriffe „Gleitende Profilanpassung“ und „Gleitende Strukturanpassung“ beschrieben. Profilanpassungen zielten auf das Erreichen einer geschützten Stellung aufgrund eines spezifischen Unternehmensprofils (Außenhandel, Rüstungswirtschaft), während Veränderungen in der Unternehmensstruktur auf vielfältige Weise darauf abzielten, das Etikett „Jüdisches Unternehmen“ abzustreifen. Letztlich war natürlich keine dieser Strategien in dem Sinne erfolgreich, dass sie jüdische Unternehmer über die Zäsur von 1938/39 hinweg wirtschaften ließ, jedoch macht die Untersuchung deutlich, dass sich zahlreiche Vorgänge um die Übernahme und die Liquidation jüdischer Unternehmen nicht verstehen lassen, wenn ihre Inhaber nicht als Akteure begriffen werden, deren Handeln Auswirkungen auf Abläufen und Modalitäten solcher Prozesse hatte. Auch für die Sicherung von Vermögenswerten und ihre Transferierung ins Ausland – und damit für die

Frage eines wirtschaftlichen Neuanfangs im Exil – war die Initiative der jüdischen Unternehmer von entscheidender Bedeutung.

„Arisierte“ Unternehmen und ihre nun „arischen“ Inhaber werden über den Besitzwechsel hinaus in den Blick genommen, um festzustellen, welche längerfristigen Resultate die Vermögensverschiebungen zeitigten. In der quantitativen Analyse zeigt sich dabei, dass viele „Ariseure“ der im Zuge der wirtschaftlichen Verdrängung der Juden erworbenen Wirtschaftspositionen aufgrund der kriegswirtschaftlichen Entwicklungen und vor allem der Kriegszerstörungen wieder verlustig gingen. Die Auswirkungen dieser Entwicklung werden über das Kriegsende hinaus verfolgt, indem die neuerlichen Eigentumsänderungen untersucht werden, die sich aufgrund der seit 1949 geführten Rückerstattungsverfahren ergaben. Dabei wird die materielle Lage von jüdischen Überlebenden sowie auch der Erwerber ehemals jüdischer Unternehmen rekonstruiert, so dass die Bedeutung von Rückerstattungsleistungen für Berechtigte und Pflichtige erstmals auf empirisch gesicherter Grundlage diskutiert und der sozial – und erfahrungsgeschichtliche Hintergrund von Verdrängung und Leugnung der NS-Verbrechensgeschichte in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit auf neue Weise ausgeleuchtet wird. Die je unterschiedlichen Erfahrungen von Verfolgung, Ausplünderung Flucht und Emigration prägten die Art und Weise, in der jüdische NS-Opfer nach Kriegsende sich um materielle Wiedergutmachung bemühten und wie sie die damit verbundenen Abläufe und Konflikte erlebten und deuteten. In diese Perspektive werden aber auch die Erwerber ehemals jüdischer Unternehmen einbezogen, die den vormaligen Eigentümern in den Rückerstattungspflichtiger, die sich darüber hinaus der über den öffentlichen Diskurs verfügbaren Muster und Narrative bedienen konnten. Vor diesem Hintergrund wird an Beispielen gezeigt, wie die Auseinandersetzungen um die Rückerstattung von Unternehmensvermögen von getrennten Erfahrungshintergründen geprägt waren und in eine Auseinandersetzung um retrospektive Identitätswürfe mündeten. Die quantitative Bilanz von Rückerstattung und Entschädigung macht darüber hinaus deutlich, was „Wiedergutmachung“, wenn sie die Betroffenen überhaupt noch erreichte, für die überlebenden jüdischen Unternehmer allenfalls bedeuten konnte : die notdürftige Milderung unermesslicher materieller, physischer und psychischer Zerstörungen, deren Folgewirkungen unumkehrbar und unhintergebar waren.